

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Horst Sielaff MdB zur Polen-
Reise des Bundeskanzlers:
Notizen für Kohls Reisege-
päck.

Seite 1

Horst Peter MdB zur Ent-
wicklung in der DDR: Die
Zeit der Sonntagsreden ist
vorbei.

Seite 3

Peter Conradi MdB zur Li-
beralisierung des Reisever-
kehrs in der UdSSR, in Polen
und in der DDR: Unvorbe-
reitet.

Seite 4

Dr. Liesel Hartenstein MdB
zum Erfordernis eines ver-
besserten Wärmeschutzes:
Energiesparhäuser bauen!

Seite 6

44. Jahrgang / 215

8. November 1989

Notizen für Kohls Reisegepäck

Zur Polen-Reise des Bundeskanzlers

Von Horst Sielaff MdB

Mitglied des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Es ist schon makaber, was sich in der CDU/CSU um den Polen-Besuch Kohls alles abspielt. Schon jetzt spricht das ehemalige CDU-Mitglied des Deutschen Bundestages und Vorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, Hupka, von einem „Sieg eines virulenten polnischen Nationalismus“. Die schrecklichen Jahre von 1939 bis 1945 für die Polen werden einfach gestrichen und es wird so getan, als hätte die Katastrophe erst 1945 begonnen. Da wird von „Zwangspolonisierung und Unterdrückung“ in der Volksrepublik Polen gesprochen und umfassende Forderungen für die „Deutschen im polnischen Machtbereich“, die Absicherung der Volksgruppenrechte, die Zulassung deutscher Kulturvereine, die Einrichtung eines allgemeinen Deutschunterrichts werden aufgestellt.

Der Kanzler selbst ist nicht bereit, klipp und klar - wie es sein Außenminister wiederholt getan hat - zu erklären: Die Westgrenze Polens ist endgültig, sie wird von uns Deutschen nicht heute und auch nicht in Zukunft in Frage gestellt; wir wollen, daß auch die Polen in gesicherten Grenzen leben können. Statt dessen relativiert der Bundeskanzler seine Aussagen zu den bestehenden Grenzen und läßt erklären, daß er einer Interpretation des Warschauer Vertrages als „endgültige Entscheidung“ nicht nachkommen könnte. Der Bundeskanzler ist Gefangener von Vertriebenenfunktionären und will das Wählerpotential rechtsaußen zurückgewinnen. Selbst weitere Schritte der Versöhnung dem Volk gegenüber, das durch Hitlers Überfall am meisten leiden mußte, werden dem geopfert.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Recycling-Papier



„Alles freundliche Reden gegenüber Polen ist wie nicht, wenn die Oder-Neiße-Linie nicht anerkannt wird“, hat der große Philosoph Karl Jaspers schon 1960 festgestellt. „In jedem... liegt noch die große Chance der Selbstbesinnung durch den Tiefgang der Folgen des Erfahrenen in der Seele“, schrieb Jaspers weiter und folgerte: „Die Würdelosigkeit steigert sich, wenn die sogenannte Bewältigung der Vergangenheit in Forderungen an andere endet.“

Ich möchte hoffen, daß ein guter Geist dem Bundeskanzler dieses Denken eingibt, wenn er im ehemaligen KZ Auschwitz die Folgen des deutschen Vernichtungskrieges vor Augen hat oder in Lublin nachvollzieht, was die Menschen dort empfanden, als in den Krematorien auf dem Berg vor der Stadt im KZ Maidanek ihre Mitmenschen verbrannten.

Angesichts der Vergangenheit darf nicht der Eindruck in Polen entstehen, die Deutschen wissen schon wieder alles besser und stellen ihre Bedingungen für konkrete Hilfe. Die Demütigung des polnischen Volkes durch Deutsche muß endgültig beendet sein. Deshalb sollte Bundeskanzler Kohl endlich den dauerhaften Bestand der Westgrenze Polens bekräftigen und unzweideutig erklären, daß es keine deutschen Gebietsansprüche gegen Polen gibt.

Konkrete Wirtschaftshilfe ohne Auflagen müssen zugesagt und der Abbau von Restriktionen für den Technologie-Transfer in Gang gesetzt werden. Die Entschädigungsprobleme für ehemalige polnische Zwangsarbeiter sollte großzügig geregelt werden. Hilfen im Umweltschutz kommen uns allen zugute, sind ohne wirtschaftliche Unterstützung in Polen zur Zeit aber nur schwer zu realisieren. Die Bildung eines deutschen Kulturvereins ist bereits auf den Weg gebracht und sollte zum Abschluß kommen. Dabei sollte die bundesdeutsche Delegation deutlich machen, daß es nicht um besondere Rechte für Deutsche geht, sondern um die kulturelle Entfaltung von Minderheiten überhaupt. Der Ausbau des Jugendaustausches ist zu begrüßen, gleichzeitig sollte der Kanzler aber anordnen, daß der Vertriebenenfunktionär und Staatssekretär im innerdeutschen Ministerium nicht weiterhin Sondermittel für Reisen von Vertriebenenverbänden in die „deutschen Siedlungsgebiete“ - wie er es formuliert - aus seinem Ministerium vergibt.

Versöhnungsschritte sind auch bei diesem Besuch eines deutschen Kanzlers in der Volksrepublik Polen möglich. Notwendig ist dabei aber, sich die richtige Sensibilität zu bewahren und die Geschichte nicht aus dem Gedächtnis zu verbannen - eine Geschichte, die nicht erst 1945 mit der Vertreibung Deutscher begann.

(-/8.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Die Zeit der Sonntagsreden ist vorbei

Zur Entwicklung in der DDR

Von Horst Peter MdB

Die dramatischen Veränderungen in der DDR zwingen die Politiker in der Bundesrepublik über konkrete, pragmatisch, den Veränderungsprozeß in der DDR flankierende Maßnahmen nachzudenken und die dazu nötigen Entscheidungen auch tatsächlich zu treffen. Damit müßte eigentlich die Zeit der Sonntagsreden überwunden sein.

Gradmesser für solche pragmatischen Entscheidungen müssen zwei Prinzipien sein: die Selbstbestimmung der Bevölkerung über ihren eigenen Entwicklungsweg und das besondere Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander.

Das Prinzip der Selbstbestimmung ist die Voraussetzung dafür, daß die Bevölkerung der DDR nach vierzig Jahren ihre eigene Identität findet und ihre Vorstellung der Demokratisierung der Gesellschaft und ihren Weg zur Überwindung der wirtschaftlichen Probleme und zur Gestaltung der Wirtschaft selbst entwickelt. Dieser Weg muß nicht heißen, daß freie Wahlen, wie sie das Volk in der DDR anstrebt, identisch sind mit bundesdeutschen Vorstellungen von Parteiendemokratie. Das muß auch nicht heißen, daß die Überwindung der wirtschaftlichen und ökologischen Strukturprobleme der DDR identisch ist mit bundesdeutschen Vorstellungen der kapitalistischen Durchdringung einer Gesellschaft, wie sie sich hinter vielen Ratschlägen an die DDR zur Einführung der Marktwirtschaft verbirgt. Das Prinzip des besonderen Verhältnisses der beiden deutschen Staaten zueinander bedeutet, besondere Formen zu finden, wie der Entwicklungsweg der DDR gefördert werden kann. Diese Formen müssen jeweils sehr konkret sein.

Die Frage der freien Reisemöglichkeiten der Bürger der DDR ist eine erste Probe für die Politik der Bundesrepublik, ob sie bereit ist, die erforderliche Flankierung für eine notwendige Reformmaßnahme zu leisten. Eine freie unbürokratische Reisemöglichkeit gilt den DDR-Bürgern als Schlüssel zur Erschließung der Welt. Die Rückkehrbereitschaft wird wesentlich davon abhängen, wie selbstbewußt sie mit diesem Schlüssel hantieren können. Dieses Selbstbewußtsein zu fördern, wäre die Aufgabe einer flankierenden Politik von Seiten der Bundesrepublik. Der Bundesregierung ist deshalb zu empfehlen, statt des unter den jetzigen Bedingungen entwürdigenden Begrüßungsgeldes eine begrenzte Konvertierbarkeit der DM-Ost zu einem fairen Umtauschkurs zu ermöglichen und zu finanzieren, der den Reisenden aus der DDR das Gefühl gibt, mit den selbst erarbeiteten Ersparnissen sich auch eine Reise leisten zu können. Dazu ist es allerdings nötig, zu schnellen Entscheidungen zu kommen, statt Bedenken dazu zu nutzen, überhaupt nichts zu tun.

(-/8.11.1989/vo-he/rs)

* * *

Unvorbereitet

Zur Liberalisierung des Reiseverkehrs in der UdSSR, in Polen und in der DDR

Von Peter Conradi MdB

Jahrelang haben wir für die Menschen in unseren östlichen Nachbarstaaten Freizügigkeit im Reiseverkehr gefordert, vor allem für die Deutschen in der DDR und die Deutschstämmigen in Polen und der Sowjetunion. „Macht das Tor auf“, hieß die Parole.

Nun ist es soweit. In der Sowjetunion hat Gorbatschow die Ausreise für die Rußlanddeutschen erleichtert. Die neue polnische Regierung legt den ausreisewilligen Deutschpolen keine Hindernisse mehr in den Weg. Und am 1. Dezember werden auch die DDR-Bürger in den Genuß von - einstweilen noch begrenzten - Reismöglichkeiten in den goldenen Westen kommen. Das Tor öffnet sich. Was nun?

Ich fürchte, wir sind nicht darauf vorbereitet, was eine Liberalisierung des Reiseverkehrs für uns bedeutet. Das Wirtschafts- und Wohlstandsgefälle zwischen der Sowjetunion, zwischen Polen, selbst zwischen der DDR und der Bundesrepublik ist gewaltig.

Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm. Wir leben hier im Wohlstand, und wer wollte es unseren Nachbarn verdenken, wenn sie auch so gut leben wollen wie wir? 280.000 Übersiedler aus der Sowjetunion, aus Polen und aus der DDR waren es 1988. Wieviele werden es 1989 sein - 500.000? Und wieviele werden kommen, wenn die DDR-Regierung die Grenzen öffnet? Werden die Brüder und Schwestern zu Besuch kommen und zurückkehren oder werden sie bleiben?

Einige Stichworte:

- 20.000 Polen kommen besuchsweise jedes Wochenende nach Berlin (West) und verhökern dort, was sich verkaufen läßt, Lebensmittel, Wodka, Schuhe, Kleider, Trödel. Nach den EG-Bestimmungen, nach unseren Steuergesetzen, nach den Vorschriften für Lebensmittelverkauf ist das alles unzulässig, aber was soll der Senat gegen eine derartige Menschenmenge tun? 40 DM West auf dem Polenmarkt in Westberlin sind mehr als ein Monatsgehalt in Polen. Für die polnische Volkswirtschaft ist dieses Westgeld möglicherweise eine kleine Hilfe in einer Krise, die sich im Winter noch verschlimmern wird. Aber was machen Berlin (West), Braunschweig, Lübeck, Kassel und Hof, wenn dort nächstens Tausende von DDR-Bürgern mit den Waren aus ihrem Land auftauchen?
- Sowjetische Rubel, polnische Zloty und DM-Ost werden heute schon zu Schwarzmarktkursen gehandelt. In allen drei Ländern gibt es weit mehr Geld als Waren. Dort hat sich inzwischen eine zweite, harte Währung - Dollar oder DM West - gebildet. Was wird geschehen, wenn die angestaute Kaufkraft der DDR-Bürger auf den westlichen Devisenmarkt drängt? Wird der Kurs der DM Ost von heute 10:1 auf nächstens 30:1 oder tiefer stürzen? Für die DDR wird diese Kaufkraftabschöpfung einige positive Effekte, insgesamt aber möglicherweise katastrophale Wirkungen haben.
- Schon heute arbeiten einige Zehntausend Polen als Gelegenheitsarbeiter in der BRD, oft schwarz. Zum Teil sind es Asylbewerber (obwohl es in Polen keine politische Verfolgung mehr gibt), zum Teil sind es Besucher, die hier in einigen Wochen auf dem Bau oder bei der

Weinerntz mehr verdienen als in Polen in einem ganzen Jahr. In Berlin (West) arbeiten heute schon DDR-Rentnerinnen als Aushilfen und Putzfrauen, um ein paar der begehrten DM-West zu verdienen. Was geschieht, wenn das nicht mehr einige Zehntausend, sondern eine halbe Million oder mehr DDR-Besucher werden, die ihren West-Urlaub dazu benutzen, möglichst rasch möglichst viel Geld anzuschaffen?

- Ist es ein Gerücht, oder stimmt die Geschichte von den polen-deutschen Übersiedlern im Rentenalter, die in die Bundesrepublik kommen, einen Rentenanspruch stellen, dann wieder nach Polen zurückkehren und alle paar Monate hierher kommen und ihre DM-West-Rente vom Girokonto abheben, mit der sich's in Polen fürstlich lebt? Was tun wir, wenn die DDR freie Ein- und Ausreise zuläßt und Tausende von DDR-Rentnern und -Pensionäre das Gleiche tun?
- An den Wohnungsmarkt will ich gar nicht denken. Die Bundesregierung hat den Wohnungsbau letztes Jahr auf den tiefsten Punkt seit 1949 gebracht, obwohl es schon seit einigen Jahren, also vor den Aus- und Übersiedlern Wohnungsknappheit gab. Nun gibt es Wohnungsnot. Wenn da zu Weihnachten noch einmal Hunderttausend oder mehr DDR-BürgerInnen zu uns kommen, wird es eng. Maria, Josef und das Christkind werden sich in ihrem Stall wie im Hilton-Hotel fühlen!

Es wird Zeit, daß die Verantwortlichen, das sind vor allem die Bundesregierung und die Landesregierungen, sich Gedanken darüber machen, welche Folgen die Reisefreiheit der DDR-BürgerInnen für uns haben wird. Die frommen Gesänge „Alle, alle sind willkommen“ reichen nicht mehr aus. Es geht nicht an, daß wir die Lasten, die da auf uns zukommen, allein den heute schon benachteiligten BürgerInnen aufbürden, den Alten und Arbeitslosen, den Alleinerziehenden und den Sozialhilfeempfängern, während die Bundesregierung dem oberen Drittel der Einkommensempfänger weitere Steuergeschenke verspricht. Wir brauchen durchdachte, ökonomisch wirksame und sozial verträgliche Maßnahmen, wenn die DDR-BürgerInnen Reisefreiheit bekommen. Kein anständiger Mensch, außer die Reps, wird rufen „Macht das Tor zu“. „Macht das Tor auf“, das war eine einfache Forderung, solange die andere Seite dichtmachte. Wenn das Tor morgen geöffnet wird, müssen wir zeigen, wie ernst es uns ist mit den Sprüchen von gestern. Beispielsweise könnte die Bundesregierung auf die angekündigte Steuerreform verzichten, und mit dem Geld - 25 Milliarden DM pro Jahr - etwas tun, damit das Wohlstandsgefälle zwischen unseren Nachbarn und uns und mit ihm der Zustrom von Besuchern und Übersiedlern nicht weiter wächst.

(-/8.11.1989/vo-he/rs)

Energiesparhäuser bauen!

Zum Erfordernis eines verbesserten Wärmeschutzes

Von Dr. Liesel Hartenstein MdB

Stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“

Gut ein Drittel des Energieverbrauchs wird in der Bundesrepublik für Raumheizung in Anspruch genommen. Hier liegen enorme Energieeinsparpotentiale: durch verbesserte Wärmedämmung, moderne Heiztechnik, Nutzung von Sonnenkollektoren etc. können nach vorliegenden Studien 60 bis 80 Prozent der benötigten Heizenergie eingespart werden. In Schweden, aber auch in der Bundesrepublik sind bereits sogenannte Niedrigenergiehäuser als Modellprojekte erstellt worden.

Nachdem die Bundesregierung endlich aus ihrer fatalen wohnungspolitischen Erstarrung aufgeschreckt ist und nun mit einem Bauprogramm für 100.000 Wohnungen im nächsten Jahr der katastrophalen Wohnungsnot begegnen will, scheint sie im Begriff zu sein, einen zweiten Kardinalfehler zu machen. Dem Vernehmen nach sollen die Standards für Wärmedämmung gesenkt werden. Das wäre ein unverzeihlicher Mißgriff.

Umgekehrt wird ein Schuh daraus:

- Statt die Wärmeschutzvorschriften für Neubauten aufzuweichen, sollten sie verschärft werden;
- wer zum Beispiel bei Umbauten und Erweiterungen in bestehenden Gebäuden zusätzliche Wärmeschutzmaßnahmen durchführt, sollte einen Sonderbonus erhalten, etwa durch Steuervorteile oder Investitionshilfen;
- der Einbau von Wärmepumpen und Sonnenkollektoren muß ebenso wie der Anschluß an Fernheizsysteme massiv gefördert werden.

Natürlich wird der Einwand erhoben, verbesserter Wärmeschutz führe zur Verteuerung der Wohnungen. Dies trifft aber für den Augenblick zu. Längerfristig gesehen wird sich jedoch eine Wohnung mit modernem Wärmeschutz auch für den Mieter als Vorteil herausstellen, weil er erheblich Heizkosten einspart. Und dies auf Dauer.

Die Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ hat schon in ihrem ersten Zwischenbericht (November 1988) darauf hingewiesen, daß Energieeinsparung oberste Priorität bei der Bekämpfung des Treibhauseffekts haben muß. Die Verbrennung von Heizöl und Erdgas in unseren Häusern trägt mit rund 260 Millionen Tonnen Co₂-Emissionen pro Jahr zur Aufheizung des Klimas bei. Es wäre ein Schildbürgerstreich erster Ordnung, wenn in der Bundesrepublik in den nächsten Jahren die dringend benötigten Hunderttausende neuer Wohnungen ohne optimale Ausstattung zur sparsamen Raumheizung errichtet würden. Ein Wohnungsbauprogramm im Schnellschußverfahren wird weder den Menschen noch der Umwelt gerecht. Die Bundesregierung darf diese einmalige Chance nicht verspielen.

(-/8.11.1989/vo-he/rs)